

Trotz des Insider-Verfahrens hält der Mineralölkonzern an seinem Vorstandschef fest

# OMV bestärkt Ruttenstorfer

■ Aufsichtsrat sieht keine verbotenen Aktiengeschäfte.  
 ■ Insiderhandel ist kein Kavaliersdelikt, betont die Finanzmarktaufsicht.

Wien. (hes) Der OMV-Aufsichtsrat stärkt seinem Vorstandschef den Rücken: Das Kontrollgremium bestätigte Wolfgang Ruttenstorfer am Donnerstag als Generaldirektor des Mineralölkonzerns – trotz des Insider-Verfahrens. Ruttenstorfer wird vorgeworfen, eine Woche vor dem Ausstieg beim ungarischen Konkurrenten Mol OMV-Aktien um 632.000 Euro gekauft zu haben. Deren Wert stieg durch den überraschenden Deal binnen eines Tages um mehr als 33.000 Euro.

Es gebe mehrere Gutachten namhafter Experten, die bei diesem Aktienkauf von März 2009 keine verbotene Verhaltensweise sehen, heißt es bei der OMV. Der Aufsichtsrat will das Verfahren aber weiter genau beobachten. Schon zuvor hatten sich der übrige Vorstand und der Konzernbetriebsrat hinter Ruttenstorfer gestellt.

## System schreit Alarm

Die Finanzmarktaufsicht (FMA) äußert sich zu dem laufenden Verfahren prinzipiell nicht. Die Vorstände Helmut Ettl und Kurt Pribil zeigten sich am Mittwochabend vor Journalisten allerdings „beunruhigt“ über die Art, wie die Diskussion



OMV-Chef Wolfgang Ruttenstorfer fühlt sich an den Pranger gestellt. Foto: apa

über Insiderdelikte in Österreich verlaufe. Dabei entstehe der Eindruck, es handle es sich um Kavaliersdelikte. Die FMA widerspricht vehement: Durch Insidergeschäfte werde nicht nur der Finanzplatz geschädigt, es gebe auch konkret geschädigte Investoren. Auch die Justiz scheine eine „Beißhemmung“ vor Verurteilungen zu haben.

Laut FMA durchforsten Computersysteme 24 Millionen Börsentransaktionen pro Jahr routinemäßig nach statistischen Auffälligkeiten. In 3000 bis 4000 Fällen schlägt das System „Alarm“ wegen möglicher Insidergeschäfte oder Marktmanipulationen. Die Transaktionen werden mit Presse- oder Adhoc-Meldungen der Un-

ternehmen verknüpft. In Verdachtsfällen müssen die Banken die Begünstigten der Transaktion offenlegen – das Bankgeheimnis gilt in diesen Fällen nicht.

## Erst ein Dutzend Fälle

Seit dem Bestehen der FMA haben die Aufseher allerdings erst „ein gutes Dutzend“ von Insiderfällen bei der Staatsanwaltschaft angezeigt.

Eine Verurteilung wegen missbräuchlicher Verwendung kursrelevanter Informationen gab es nur in einem Fall ohne prominente Beteiligung: Ein Drucker, der Einladungen angefertigt hatte, nutzte sein Wissen für den Kauf von BWT-Papieren und wurde zu drei Monaten bedingt verurteilt.

Nach der 2005 verschärften Gesetzeslage drohen Primärsindern (die Infos aus erster Hand haben) Strafen bis zu drei Jahren. Übersteigt der potenzielle Vermögensvorteil 50.000 Euro, steigt das Strafausmaß auf sechs Monate bis fünf Jahre. Divergente (außergerichtliche) Beilegung ist dann nicht möglich.

## Tatvorsatz unerheblich

Sowohl Ruttenstorfer als auch seine OMV-Mitstreiter hatten stets betont, dass er die Aktien wegen eines Bonusprogrammes gekauft und noch nicht verkauft habe – er hat also noch gar keinen Gewinn gemacht.

Für die rechtliche Beurteilung spiele das keine Rolle, ebenso wenig wie der subjektive Tatvorsatz, argumentieren die Aufseher: Sie berufen sich unter anderem auf den Europäischen Gerichtshof. Dieser hatte Ende 2009 auf Anfrage eines belgischen Richters in einer Vorabentscheidung festgestellt, dass nicht nachgewiesen werden muss, ob ein Insider Informationen „bewusst genutzt“ hat. „Wer in einer exponierten Funktion ist, darf zu bestimmten Zeiten schlicht nicht handeln“, lautet die FMA-Meinung.

## Kurz notiert

### Schweizer pumpen 18 Millionen in Privatinvest

Der Schweizer Eigentümer der Salzburger Privatinvest Bank (PIAG), die Zürcher Kantonalbank (ZKB), muss die österreichische Tochter mit 18 Millionen Euro frischem Kapital aufpäppeln. Nach dem Kauf zum Jahreswechsel 2009/10 gab es schon Anfang 2010 einen Gesellschafterzuschuss von 5 Millionen Euro, weil wegen des Verlusts 2009 die Eigenmittel reduziert waren. Die Schweizer haben sich mit dem Kauf einen Imageverlust eingehandelt. Jetzt werden die Kontrollinstrumente verstärkt und alle Kundendaten überprüft.

### Neuer Schirmherr für Vranitzky-Kolloquium

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder übernahm am Donnerstag die Schirmherrschaft über das Vranitzky-Kolloquium, eine vierteljährliche Diskussionsreihe, welche der SPÖ-nahe Verein Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik (WiwiPol) organisiert.



Andreas Schieder leitet Vranitzky-Kolloquium. Foto: apa

## Nun droht AE&E Austria die Pleite

■ Rascher Verkauf an Investor wäre der letzte Rettungsring.

Wien. (kle) Die Dachgesellschaft der AE&E-Gruppe ist schon seit Mittwoch pleite. Doch nun drohen auch ihre operativen Töchter wie Dominosteine umzufallen.

Besonders prekär ist die Lage bei der AE&E Austria in Raaba bei Graz, die als Kernstück der Anlagenbaugruppe gilt. Ohne rettenden Investor dürfte das 150 Jahre alte Traditionsunternehmen gezwungen sein, noch vor dem Wochenende Insolvenz anzumelden.

Laut Hans-Georg Kantner, dem Gläubigersprecher der insolventen Konzernholding A-Tec, zu der der AE&E-Firmenkomplex gehört, liefen deshalb auch am Donnerstag Gespräche mit Interessenten. Für einen möglichen Kauf hatte sich bereits Tage

lungen der A-Tec einem raschen Verkauf an Andritz im Weg gestanden sein. Wie die Austria Presse Agentur berichtet, will A-Tec-Eigentümer Mirko Kovats einen Betrag von mehr als 50 Millionen Euro, der Andritz zu hoch ist. Andritz kann freilich hoffen, in einem Pleiteverfahren billiger zum Zug zu kommen. Ein Insolvenzantrag soll bei der AE&E Austria für alle Fälle schon vorbereitet sein.

## Appell an Kovats

Bei der Belegschaft in Raaba nähert sich die Stimmung inzwischen dem Tiefpunkt. Rund 400 Beschäftigte bangen um ihre Jobs. Man habe Investoren vor der Tür, deswegen wäre es wichtig, die AE&E Austria ziehen zu lassen, appellierte Betriebsratschef Erich Fürnsinn gestern, Donnerstag, an Kovats. Die Firma plant und baut komplette Kraftwerke,

## Frankreich öffnet seinen Strommarkt

■ Regeltarif für Industriekunden soll abgeschafft werden.

Paris. Der französische Strommarkt wird für mehr Konkurrenz geöffnet. Das Parlament in Paris billigte den Gesetzentwurf in zweiter Lesung. Er sieht nicht zuletzt auch auf Druck der EU-Kommission vor, dass der Staatskonzern Electricité de France (EDF) zunächst für 15 Jahre jährlich etwa ein Viertel seines Atomstroms an seine Konkurrenten verkauft. Zudem ermöglicht er Privatkunden einen leichteren Anbieterwechsel.

Gleichzeitig wird bis Ende 2015 der Regeltarif für Industriekunden abgeschafft. Diese vom Staat festgesetzten Tarife lagen weit unterhalb der Marktpreise und waren daher von der EU-Kommission als wettbewerbsverzerrend kritisiert worden. Ab 2015 soll



Business auf höchstem Niveau.